Feststellung gemäß § 5 UVPG
Biogas Duderstadt GmbH & Co. KG Duderstadt

GAA v. 20.5.2025 — GOE23-042-01 —

Die Firma Biogas Duderstadt GmbH & Co. KG, Max-Näder-Str. 15, 37115 Duderstadt, hat mit Schreiben vom 05.10.2023 die Erteilung einer Genehmigung gemäß § 16 BImSchG für die wesentliche Änderung einer Biogasanlage am Standort in 37115 Duderstadt, Breiter Anger, Gemarkung Duderstadt, Flur 2, Flurstück 580 beantragt.

Gegenstand der wesentlichen Änderung ist:

- Erhöhung der Substratmenge im Gärproduktelager
- Bau eines zusätzlichen Gärproduktebehälters
- Nutzung von Siloflächen zur ausschließlichen bzw. zusätzlichen Lagerung von festem Gärrest

Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens ist gemäß §§ 5,9 Abs. 2 Nr. 2 UVPG i. V. m. Nr. 8.4.2.1 der Anlage 1 UVPG durch eine Vorprüfung des Einzelfalls zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) besteht.

Die Vorprüfung hat ergeben, dass für das Vorhaben eine UVP-Pflicht nicht besteht.

Begründung:

Besondere örtliche Gegebenheiten gemäß den Schutzkriterien der Nummern 2.3.4 und 2.3.7 der Anlage 3 UVPG liegen vor. Im Einwirkungsbereich der Anlage befindet sich in ca. 410 m Entfernung das Landschaftsschutzgebiet Untereichsfeld. Ab 385 m Entfernung sind verschiedene Biotope verortet (Streuobstwiese in 385 m Abstand, Gewässer Nathe 715 m, Gewässer Muse 1200 m). Weitere schutzwürdige Gebiete gemäß Nummer 2.3 der Anlage 3 UVPG sind im Einwirkungsbereich der Anlage nicht vorhanden.

Auswirkungen im Bereich des Landschaftsschutzgebietes und der Biotope sind nicht zu erwarten. Maßgeblich dafür ist, dass sich die emittierten Luftschadstoffmengen im Jahresmittel nicht erhöhen.

Durch das Vorhaben tritt keine Erhöhung der Schall- und Geruchsemissionen auf.

Es wird ein weiterer Behälter mit Foliendach errichtet. Da dieser zu bestehenden Behältern hinzukommt, ändert sich das Landschaftsbild nur geringfügig.

Der Standort des Vorhabens befindet sich im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 65 „Gewerbegebiet West“. Durch den Bau des Behälters wird eine Fläche von 1064m² versiegelt. Aufgrund der Lage ist davon auszugehen, dass die betroffenen Böden bereits im Bestand anthropogen vorbelastet sind und die Fläche keine herausragende Bedeutung für den Naturhaushalt besitzt.

Insgesamt sind durch die beantragte Änderung keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten. Diese Feststellung wird hiermit der Öffentlichkeit bekannt gegeben. Sie ist nicht selbständig anfechtbar.